

Die Weltzeitung

Morgen-Ausgabe

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Jahrg. 218

Nr. 276 a

Bezugspreis: monatlich 2 M., einschließlich Zustellungsgebühr. — Verlagsort: Halle a. S., Markt 11. — Druckort: Halle a. S., Markt 11. — Druckerei: Druckerei des Verlegers.

Halle - Saale

Verlagspreis: Die Originalausgabe mit dem Illustrationspreis 10 Pfennig. Allein Anzeigenpreis: 10 Pfennig. Familien-Anzeigen 5 Pfennig. Kleinanzeigen 2 Pfennig. Anzeigen für den Auslandverkehr 15 Pfennig. Anzeigen für den Auslandverkehr 15 Pfennig. Anzeigen für den Auslandverkehr 15 Pfennig.

Geldanstalt Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Central 7801. abends von 7 Uhr an Redaktion 540 und 5410. — Postfach Halle Leipzig 2012.

Mittwoch 25. November 1925

Geldanstalt Berlin, Bernauer Str. 80. Fernruf Amt Harburg 17. 4290. Elbener Berliner Schriftleitung. — Derlag a. Druck von Otto Hilde, Halle-Saale

Freitag Reichstages über Locarno

Eine Stresemann-Rede im Reichstage

Vermehrte Schwierigkeiten

(Von unserer Berliner Korrespondenz)

Nach fast einwöchiger Sitzung beendete der Reichstag die erste Lesung des Locarno-Vertrages. Damit dürfte nun die recht ausgedehnte Verhandlungsperiode langsam ein Ende finden, um morgen von neuem maßgebend mit einer zweiten Plenarsitzung zu beginnen. Mehr als das, was im Plenum nun weiter vor sich geht, interessiert, was hinter den Kulissen sich abspielt. Da hört man, daß die Reichstagspartei verlangt, daß eine gezielte Aktion über die Locarno-Verträge und den Eintritt in den Völkerbund vorgenommen wird. Ein deutlicher Antrag verlangt jedoch dieselbe da er für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ein besonderes Geheiß fordert. Der deutliche Antrag ist ausdrücklich mit außenpolitischen Gründen motiviert und wird so vielfach nicht die Zahl der Zustimmungen finden, die sonst zum Gange der Verhandlungen hätte geleitet werden. Nicht, daß die Deutschnationalen die ungeschriebenen Vorkontingente der Kommunisten und der Reichslisten, die möglicherweise dem deutlichen Antrag von vornherein unterliegen. Sehr schwierig wird die Lage der Regierung, wenn der Antrag der Deutschnationalen in Höhe geleitet wird, die Einführung der Locarno-Verträge um zwei Monate hinauszuschieben. Denn hier gerät ein Drittel des Reichstages um ihn durcheinander. Mehreres hat der Reichstag die Möglichkeit, mit einfacher Mehrheit die Reichspräsidenten in die dem gewiß nicht erwünschte Lage zu bringen, seinerseits die letzte Entscheidung zu treffen.

In der morgigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses werden sowohl von der Reichstagspartei als auch von der Reichstagspartei noch besondere Fragen an die Regierung gestellt werden, von deren Beantwortung es abhängt, zu welcher Stellungnahme sich die Parteien endgültig entscheiden. Nicht die, was nachfolgend im negativen, so ist die Locarno-Verträge, ist ein so groß wie die Annahme der Verträge in der Reichstagspartei als man über das Friedensbündnis von Versailles beriet. Man kann es verstehen, daß bei solcher parlamentarischer Situation weder Herr Dr. Luther noch Herr Dr. Stresemann besondere Gelegenheiten seien, die Unterzeichnung von Paris zu veranlassen und gern mit Herrn Luther an der Unterzeichnung teilnehmen, obwohl die Unterzeichnung durch den deutschen Volksgast genügt.

Sitzungsbericht

Berlin, 24. November. (Eigener Drahtbericht.)

Am Reichstage setzte heute der deutliche Reichstagspartei

Gras Westarp

Seine große Rede gegen Locarno fort. Der Redner zitiert die sämtlichen Ausstellungen aus Frankreich, England, Belgien, der Tschechoslowakei und Polen. Er behauptet, daß das Bündnis jede Initiative zu einer Aktion hat vermissen lassen. So will es Deutschland in den Kreis der Weltmacht hineinzuziehen im gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus. Bolschewismus und Nationalismus sind aber nicht für alle Seiten identisch. Deshalb seien wir im Völkerbund und die künftigen Friedensverträge mit Sorge an. Unter anderem gegen Artikel 16 sind nicht aufgetaucht. Es geht nicht um die vollen moralischen Gleichberechtigung Deutschlands. Wiederholt man nicht, daß die Schuldigen, die durch schandbare Vorkontingente gemacht werden, ausfinden. Die politische Gleichberechtigung aber ist Deutschland verweigert, solange es einseitig dem Zwang zur Weltöffentlichkeit unterworfen ist. Innerschwarz mit den Wundwunden ist auch die einseitige Militärvorteil Deutschlands. Bei den Schiedsverträgen handelt es sich nicht um die Vermittlung der verbindlichen Kraft nicht gefordert ist. Allerdings sind dabei größere Vorteile, wenn das Wort annehmbar sein soll. Wir erstreben mit allen Kräften die Befreiung unserer tapferen und treuen Brüder an Rhein und an der Ostfront. Die Annahme der Friedensverträge ist ein schwerer Schritt. Die neue Ordnung der Rheinlandkommission hat schwer enttäuscht. Seine Weges ist das erreicht, was Deutschland fordern muß. So lange auf deutschem Boden feindliche Truppen stehen, ist es nicht möglich, Frieden zu schließen. Die Kriegsverträge sind nicht möglich. Von besonderer Bedeutung ist, daß der Minister der belgischen Angelegenheiten, Herr Dr. Franke, selbst ein Rheinländer und Vertreter des Zentrums, der Verträge nicht gut findet und nun auch den Hauptbündel der Verträge nicht gut findet. Der Redner behauptet, daß die Annahme der Verträge für die Annahme der Verträge die verfassungsmäßige Zustimmung nicht notwendig ist. Er weist darauf hin, daß auch die Bindung des Deutschen Reiches nicht möglich ist, wenn die Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Die Paraphierung der Verträge hat

dem unerbittlichen Charakter der Konferenz widersprochen der Vorbereitung der deutlichen Zustimmung gewesen ist. Der Minister der belgischen Angelegenheiten, Herr Dr. Franke, hat die Verträge nicht gut findet. Der Redner verteidigt dann Minister Schiele gegen die Angriffe von links und eine Darstellung des Sachverhalts, wonach von einem lauten und freudigen Ja seines Freundes Schiele nicht die Rede sein könne. Mit unserer Ablehnung der Verträge, der Redner hat, verteidigt er im deutlichen Reichstags, sondern wir verbessern sie wesentlich. Wenn Deutschlands Stellung in der Welt günstiger geworden ist, so deshalb, weil die deutsche Regierung dieses Sommers unter unserer Mitwirkung kraftvoller aufgetreten ist. Im gleichen Sinne wird unsere Ablehnung nicht, sondern wir verbessern sie im deutlichen Sinne die Erkenntnis zu fördern, daß niemand in der Welt im helfen wird, wenn es sich nicht selbst hilft. (Beifall rechts.)

Hg. Lehrenbach (Centr.) gibt für seine Fraktion eine

Erklärung

ab, in der es heißt: „Dieses Geheiß unseres politischen Standes ist die Wiederherstellung des Deutschen Reiches aus Anständigkeit zur Freiheit, aus Not und Elend zu wirtschaftlicher Gesundheit. Dieses Ziel kann nur auf dem Wege friedlicher Verständigung in jenseitige sich auswirkende Zielsetzungen zu erreichen sein und nur unter größter Selbstlosigkeit und höchsten Normen. Notwendig ist sowohl in der Form wie in der Sache völlige Gleichberechtigung Deutschlands. Diese Form ist erfüllt und auch der Inhalt entspricht dieser Forderung. Wir leisten keine neue Unterfertigung unter das Versailles-Diktat. Die Bemühungen, das unabweisbare Kriegsschicksal auszumergen, werden wir unbedingt fortsetzen. Wir sprechen im Vertrag von Locarno keinen Rechtswert auf deutsches Land und deutsches Volk aus. Es wäre für die Zentrumspartei ganz unethisch, weil unüberprüfbar Rechte und Pflichten des Vertrages verletzt würde. Die Schiedsverträge enthalten keine unangenehme Unterordnung unter irgendwelche Schiedsverträge. Wenn die Verträge von Locarno als Friedensbündnis zu verstehen sind, muß alles beibehalten werden, was dem Geist dieser Verträge entspricht. Hierzu rechnen wir die Nüchternheit der ersten Zone. In dem langen Hin und Her von Entlassungsnoten konnten wir nur einen fünftägigen Konstruktiven Vorschlag erwidern, um ein offenes Bündnis zwischen Deutschland und Belgien zu erhalten. Wir erwarten, daß im Geiste von Locarno die rechtlichen Entlassungsfragen bald aufgearbeitet werden. Als eine notwendige Auslegung der Verträge von Locarno erachten wir die Befreiung der zweiten und dritten Weltzone. Besonders bedauerlich ist der Fortbestand der belgischen Besatzung der Provinz Flandern und der gesamten kulturellen Bestrebungen. Das Bedauerliche an der Ordnung ist die Unmöglichkeit, was wir hoffen, daß die Handhabung der Verbündung anders ausfällt als ihr Wunsch. Auch haben wir noch keine Gewähr dafür, daß wenigstens die Hälfte der besetzten Gruppen auf das notwendige Mindestmaß beschränkt wird. Inzwischen sehen wir in den bisherigen Auswirkungen einen Fortschritt zum besten. Locarno bedeutet das Ende der Sanktionen und Gewaltpolitik. In ruhiger und verantwortungsvoller Abwägung der Verhältnisse kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Vorteile des Werkes von Locarno für Deutschland sowie für Gesamt Europa zu erheblich sind, daß man die Befreiung der Welt der Zukunft überlassen kann. Aus allen diesen Erwägungen heraus werden wir den Verträgen von Locarno unsere Zustimmung geben. Mehr noch als Deutschland können und müssen die großen und mächtigen Staaten das Heile tun, um dem Welt von Locarno Gestalt und Leben zu verleihen. Das dem so sei, ist unter aller schuldiger Eile und unter ernstem Streben.“ (Beifall.)

Präsident Weiser gibt dann das formulierten deutliche nationale Vorkontingente bekannt.

Hg. Dr. Schöls (D. S.)

erklärt, Deutschland brauche jetzt eine Politik, die ihm gestatte, in freier Weise wiederholt und notwendig zu erklären, was er für seine Zukunft im Auge hat. Die Annahme der Verträge ist ein schwerer Schritt. Die neue Ordnung der Rheinlandkommission hat schwer enttäuscht. Seine Weges ist das erreicht, was Deutschland fordern muß. So lange auf deutschem Boden feindliche Truppen stehen, ist es nicht möglich, Frieden zu schließen. Die Kriegsverträge sind nicht möglich. Von besonderer Bedeutung ist, daß der Minister der belgischen Angelegenheiten, Herr Dr. Franke, selbst ein Rheinländer und Vertreter des Zentrums, der Verträge nicht gut findet und nun auch den Hauptbündel der Verträge nicht gut findet. Der Redner behauptet, daß die Annahme der Verträge für die Annahme der Verträge die verfassungsmäßige Zustimmung nicht notwendig ist. Er weist darauf hin, daß auch die Bindung des Deutschen Reiches nicht möglich ist, wenn die Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Die Paraphierung der Verträge hat

Nach Eintritt in den Völkerbund muß auch dafür gesorgt werden, daß das Bündnis nicht einseitig befristet wird. Wir werden den Verträgen zustimmen. Der Redner wendet sich dann den Deutschnationalen zu und bezeichnet die Rede Westarps als „verfälscht“. Der Redner weist dann darauf hin, daß man in der Sitzung nicht über alle Punkte sprechen kann, deren Inhalt er dem Deutschnationalen im Zusammenhang schreiben möchte. Die lauten „Sprünge“ sind nicht nur der Redner und nicht die Redner, die anderen.“ (Stürmische Heiterkeit.) Mit großem Entzücken erregt er sich über gegen die in einigen deutlichen Zeitungen in letzter Zeit erhobenen scharfen Angriffe werden, die denen, die nicht letzten Gegeben, aber verurteilend für Locarno eintraten, die verurteilende Beurteilung abgeben. Wir nehmen für uns in Anspruch, so schließt der Redner, mindestens ebenso national zu fühlen wie die Deutschnationale Volkspartei. Wir betonen unsere dauernde geistige Einigkeit nicht durch Schiedsverträge, sondern, und das hat noch immer mehr geübt in der Welt, durch die unüberprüfbar ist. (Beifall.)

Hg. Schöls (D. S.)

erklärt, Deutschland brauche jetzt eine Politik, die ihm gestatte, in freier Weise wiederholt und notwendig zu erklären, was er für seine Zukunft im Auge hat. Die Annahme der Verträge ist ein schwerer Schritt. Die neue Ordnung der Rheinlandkommission hat schwer enttäuscht. Seine Weges ist das erreicht, was Deutschland fordern muß. So lange auf deutschem Boden feindliche Truppen stehen, ist es nicht möglich, Frieden zu schließen. Die Kriegsverträge sind nicht möglich. Von besonderer Bedeutung ist, daß der Minister der belgischen Angelegenheiten, Herr Dr. Franke, selbst ein Rheinländer und Vertreter des Zentrums, der Verträge nicht gut findet und nun auch den Hauptbündel der Verträge nicht gut findet. Der Redner behauptet, daß die Annahme der Verträge für die Annahme der Verträge die verfassungsmäßige Zustimmung nicht notwendig ist. Er weist darauf hin, daß auch die Bindung des Deutschen Reiches nicht möglich ist, wenn die Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Die Paraphierung der Verträge hat

Reichsaussenminister Dr. Stresemann

weist gegenüber der Forderung, daß man schon im vorigen Jahr in den Völkerbund hätte eintreten sollen, darauf hin, daß der damalige Appell des Völkerbundes der deutschen Regierung vollkommen unerwartet kam. Bei dem derzeitigen Aufbruch der Welt zum neuen Bauwerk sei der Beitritt der Deutschen eine Ansetzung in dieser Richtung nicht gegeben worden. Das Entscheidende in dem deutschen Vorkontingente, das der Minister fort, war dann die grundsätzliche Bereitschaft zum Eintritt, der aber eine Klärung einer Reihe wichtiger Punkte notwendig war. In der Frage des Beitritts zum Völkerbund war es unbedingt für ein deutsches Eingreifen, wenn nicht ein einseitiges Eingreifen der anderen Seite gegen uns erfolgen sollte. Wäre die Paraphierung unterzeichnet in Locarno nicht erfolgt, so hätten sich die Illusionen unter sich getrennt, und Friede wäre trotzdem nicht gekommen. Neben nach Paris gekommen. (Stürmischer Beifall.) Es ist auch nach den Locarno-Verträgen noch viel Innerlichkeit für Deutschland vorhanden, aber nach dem verlorenen Krieg wird es notwendig dauern, bis alle Innerlichkeiten unter sich befristet sind. Der Minister weist sich dann gegen die Bemerkung des Grafen Helldorf, wonach Ausstellungen von anderer Seite im Locarnovertrag eine

neue Anerkennung des Versailles-Vertrages

erklären. Er sucht demgegenüber aus dem Vertragswort und aus Erklärungen von Staatsmännern nachzuweisen, daß dies nicht der Fall sei, und daß auch der Locarnovertrag keineswegs die Möglichkeit ausschließe, die bestehenden Grenzen im Wege friedlicher Verständigung zu ändern. Die Feststellung, daß der Versailles-Vertrag unangenehm bleibt, findet sich, so erklärt der Minister weiter, in allen Verträgen, die wir in den letzten Jahren mit Amerika, England, Ungarn, der Tschechoslowakei und anderen Ländern abgeschlossen haben. Gegen diese Verträge, die eine Zeit lang der vollständigen Regierung außer Acht gelassen wurden, ist niemals der Einwand erhoben worden, daß sie eine freiwillige Anerkennung des Versailles-Diktates bedeuten. Zur

Kriegsfrage

haben wir unsere Erklärungen bei der Einleitung der Locarno-Verhandlungen zu deutlich abgegeben, daß man unter keinen Umständen in der Unterfertigung unter die Locarno-Verträge ein neues Selbstverständnis sehen kann. Mit den Verträgen, eine Befreiung der Welt der Zukunft überlassen kann. Aus allen diesen Erwägungen heraus werden wir den Verträgen von Locarno unsere Zustimmung geben. Mehr noch als Deutschland können und müssen die großen und mächtigen Staaten das Heile tun, um dem Welt von Locarno Gestalt und Leben zu verleihen. Das dem so sei, ist unter aller schuldiger Eile und unter ernstem Streben.“ (Beifall.)

Ministerpräsident Doumer?

Brind leht die Kabinetsbildung ab

Paris, 24. November.

(Eigenes Drahtbericht.)

Brind hat sich heute nachmittag für vier Tage zum Präsidenten der Republik begeben und erklärt, daß er dem Auftrag zur Kabinetsbildung definitiv ablehne. Dieser Brind hat es gewiesen, ein großes Linksbündel unter der Leitung von Ferraris, Valentin, Poincaré und Paul Bourgeois zu bilden. Diese Kombination ist an der unangenehmsten Stellung der Sozialisten, die maßvolle Forderungen aufgestellt hatten, im letzten Augenblick gescheitert.

Doumer mit der Kabinetsbildung beauftragt

Paris, 24. November.

(Eigenes Drahtbericht.)

Doumer ist heute nachmittag um 4 1/2 Uhr vom Präsidenten der Republik empfangen worden, der ihn gebeten hat, die Bildung der Regierung zu übernehmen. Die Regierung Brind, das Kabinett bilden, ist nicht überredend gekommen, nachdem die Sozialisten sich dahin ausgesprochen hatten, daß das Angebot von drei Parteiführern seitens Brinds ungenügend sei. Die Sozialisten verlangten mindestens den gleichen Anteil an der Regierungsgewalt wie die Radikalen. Als Grund hierfür kam der Umstand in Frage, daß noch nicht festgestellt, ob die Sozialisten nicht für den Fall, daß auch die Kombination Doumers scheitern sollte, selbst einen Auftrag zur Regierungsbildung übernehmen werden, während die Radikalen sich auf eine Beteiligung beschränken würden.

Um 3 Uhr ist Poincaré vom Präsidenten der Republik empfangen worden, um mit ihm über die finanzielle Situation zu sprechen. Verschiedene Gerüchte gehen dahin, daß unter Umständen der Tag mit der parlamentarischen Beratung Poincarés enden würde, der allerdings nur das Finanzministerium als sein technisches Amt übernehmen würde und sich jeder Einmischung in die allgemeine Politik zu enthalten versähe. Es sieht augenblicklich, wie Wilson Doumer, die vorläufig noch wenig ausfindig gemacht zu sein scheint, sich in ihrem weiteren Verlauf gestalten wird.

Einige Bedenken waren. Als daher im Juli die Ministerpräsidenten zusammentraten, konnte es sich um darum handeln, aus dieser Lage wieder hervorzugehen. Die damals anwesenden Radikalen seien auch von allen Seiten unangenehm anerkannt worden. Im weiteren Verlauf habe dann Frankreich eine Kombination zwischen dem Eintritt Deutschlands in den Balfourbund und dem Sicherheitspakt proklamiert, wobei die Regierung keine Freundschaft mit dem Reich zu schließen habe. Die Welt mit einer Einbindung in einer unbilligen Verbindung überdacht, und am 24. September sei die einmütige Auffassung der Ministerpräsidenten gewesen, daß Deutschland diese Einbindung nicht ablehnen dürfe, sollte nicht in der ganzen Welt der Einbruch eintreten werden, als ob Deutschland in seiner Integrität und Souveränität ernstlich gefährdet sei. Inzwischen ist Deutschland nach dem Vertrag über die Sicherheitsvereinbarung eingeladen worden, die englische Zustimmung auszusprechen. Es sei ein großer Fehler der deutschen Außenpolitik gewesen, daß Deutschland nicht von sich aus diesen Vertrag ausgearbeitet und den übrigen Nationen vorgelegt hätte. Deutschland hätte sich unter allen Umständen zu stellen, was es sich überhaupt hat. Das Bedürfnis liegt in der Hand gegeben hätte. Da dies nicht geschehen ist, wäre Deutschland von vornherein im Hinterzettel zu stehen.

Auf der Ministerpräsidentenkonferenz vom 24. September habe es sich darum gehandelt, daß Deutschland etwa auf Sand und Leere vertritt. Die deutschen Unterhändler von Locarno hätten schließliche Wünsche und Forderungen mit auf dem Weg genommen. In erster Reihe hätte die Schutzfrage gestanden. Wenn diese in noch schärferer Form in Locarno aufgestellt worden wäre, so wäre dies ohne Zweifel als das Gesamtergebn gewesen. Die Teilnahme Deutschlands an der Bewältigung von Valentin und die Frage der Winterzeiten seien die deutschen Fragen von hoher wirtschaftlicher Bedeutung. Das Deutsche und Vertragsfrage habe sich, das nach sieben Jahren sogenannten Friedens noch eine große fremde Armee in Deutschland stehe. Nachdem Deutschland seine Reparationsleistungen in vollem Maße erfüllen müsse, und auch nach der Sicherheitspakt eingegangen werde, sollte die Begründung für die Ausgliederung von Deutschland in die Welt sein. Die deutsche Delegation nicht mit dem unbilligsten Rohmaterial vertreten worden. Die sogenannten Rückführungen seien eine freundliche Geste, aber es nicht fest, daß sich ein Rechtsanspruch vor der Welt erhebe. Bei den Ordnungsarbeiten der Welt, daß gerade diejenigen bestehen ließen, die auch am meisten an Schiffsverkehr teilnehmen. Abstrakte seien die Fragen über die Befestigungsanlagen in der zweiten und dritten Zone und über die Versammlungs- und Freizustellung. Ausgeben ist, daß der Vertrag von Locarno gegenüber dem Londoner Vorvertrag eine nicht unbedeutende Verbesserung erlaube habe. Deutschland habe eine Förderung von Land und Leuten nicht ausbedungen.

Der Ministerpräsident entschloß sich, die Frage der Unterzeichnung des Vertrags mit Locarno zu entscheiden. So wenig befriedigend die Bedingungen auch seien, die Dinge gehen dahin, ich würde es nicht möglich, in diesem Stadium der Entwicklung kein zu sagen, weil das Ausland sonst wieder dieselbe Einstellung zu Deutschland gewinnen würde, unter der wir in den letzten Jahren so unendlich gelitten hätten. Dazu kommt die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Wir seien ein politischer Staat, der nur durch die guten Willen der Anderen angewiesen seien, um unsere Wirtschaft nicht zum Erliegen kommen zu lassen. Selbst betonte, er habe die Verkopplung des Balfourbundes mit dem Vertrag von Locarno nicht schärfte befürwortet. Die Artikel 16 und 10 seien die größten Gefahren für Locarno, weil sie die Welt und veranlassen auch materiell an den Interessen der Welt zu denken. Die Artikel 16 und 10 seien die größten Gefahren für Locarno, weil sie die Welt und veranlassen auch materiell an den Interessen der Welt zu denken. Die Artikel 16 und 10 seien die größten Gefahren für Locarno, weil sie die Welt und veranlassen auch materiell an den Interessen der Welt zu denken.

Englisch-französische Waffenallianz im Nahen Osten

Der Balkan gegen die Türkei.

London, 24. November.

Von unterirdischer Seite bekannt, daß der neue französische Oberminister Chamberlain bindende Abmachungen über ein enges Zusammengehen Großbritannien und Frankreich im Nahen Osten getroffen habe. Damit sind die Beziehungen, die bereits in Locarno zwischen Brind und Chamberlain aufgefunden wurden, abgerollt worden. Der erste Punkt des Abkommens behandelt das gemeinsame Vorgehen Frankreichs und Großbritanniens gegen die Ansprüche der Türkei auf das Mesopotamien. Die Frage, wie weit Deutschland auf diese Angelegenheit beteiligt werden soll, ist im Augenblick offen gelassen, da die Verhandlungen mit dem britischen Herrscher in Locarno über eine Unterzeichnung der Biele-Entscheidung im Nahen Osten nicht über ein vorbereitendes Stadium hinausgegangen waren. Die Verhandlungen zwischen den beiden Mächten sind, in ihrem Wesentlichen, keine umstrittenen Angelegenheiten, da die Verhandlungen mit dem britischen Herrscher in Locarno über eine Unterzeichnung der Biele-Entscheidung im Nahen Osten nicht über ein vorbereitendes Stadium hinausgegangen waren. Die Verhandlungen zwischen den beiden Mächten sind, in ihrem Wesentlichen, keine umstrittenen Angelegenheiten, da die Verhandlungen mit dem britischen Herrscher in Locarno über eine Unterzeichnung der Biele-Entscheidung im Nahen Osten nicht über ein vorbereitendes Stadium hinausgegangen waren.

Deutsch-englische Wirtschafts-Informationen

Berlin, 24. November.

Die deutsche Allgemeine Zeitung meldet aus London, daß die deutsch-englischen Verhandlungen über die Auslegung des Handelsvertrages, der am 1. Januar 1925 in Kraft tritt, sich sehr günstig gestalten. Die Verhandlungen über die Auslegung des Handelsvertrages, der am 1. Januar 1925 in Kraft tritt, sich sehr günstig gestalten. Die Verhandlungen über die Auslegung des Handelsvertrages, der am 1. Januar 1925 in Kraft tritt, sich sehr günstig gestalten. Die Verhandlungen über die Auslegung des Handelsvertrages, der am 1. Januar 1925 in Kraft tritt, sich sehr günstig gestalten.

Die Schwierigkeiten der schweizerischen Regierungsbildung

Bern, 24. November.

Wie unter Bericht erstattet, haben sich die Schwierigkeiten zwischen dem Ministerpräsidenten Seelig und dem Bundesminister Dr. Bensch außerordentlich verwickelt. Seelig soll besonders darüber unzufrieden sein, daß infolge der politischen Ausnahmestellung und der vielen Ausländer in der Schweiz die Bildung einer Regierung nicht über ein vorbereitendes Stadium hinausgegangen sind. Die Verhandlungen über die Auslegung des Handelsvertrages, der am 1. Januar 1925 in Kraft tritt, sich sehr günstig gestalten. Die Verhandlungen über die Auslegung des Handelsvertrages, der am 1. Januar 1925 in Kraft tritt, sich sehr günstig gestalten. Die Verhandlungen über die Auslegung des Handelsvertrages, der am 1. Januar 1925 in Kraft tritt, sich sehr günstig gestalten.

an kriegerischen Maßnahmen gegen irgend einen anderen Staat, so haben wir das Recht der Neutralität. Anders ist die Frage, ob als Mitglied des Balfourbundes eine bestimmte Macht als Angewiesener bezeichnen, wenn wir selbst der Welt ein Beispiel geben. Auch kann aber nicht bestritten werden, daß die kriegerischen Maßnahmen gegen diese Macht zu befehligen.

Die Verhandlungen sind bisher noch nicht in vollem Umfang eingeleitet. Die deutsche Regierung hat sich an der Verteilung beteiligt, daß die Welt ein Beispiel geben. Auch kann aber nicht bestritten werden, daß die kriegerischen Maßnahmen gegen diese Macht zu befehligen. Die Verhandlungen sind bisher noch nicht in vollem Umfang eingeleitet. Die deutsche Regierung hat sich an der Verteilung beteiligt, daß die Welt ein Beispiel geben. Auch kann aber nicht bestritten werden, daß die kriegerischen Maßnahmen gegen diese Macht zu befehligen.

Die Verhandlungen sind bisher noch nicht in vollem Umfang eingeleitet. Die deutsche Regierung hat sich an der Verteilung beteiligt, daß die Welt ein Beispiel geben. Auch kann aber nicht bestritten werden, daß die kriegerischen Maßnahmen gegen diese Macht zu befehligen. Die Verhandlungen sind bisher noch nicht in vollem Umfang eingeleitet. Die deutsche Regierung hat sich an der Verteilung beteiligt, daß die Welt ein Beispiel geben. Auch kann aber nicht bestritten werden, daß die kriegerischen Maßnahmen gegen diese Macht zu befehligen.

Die Verhandlungen sind bisher noch nicht in vollem Umfang eingeleitet. Die deutsche Regierung hat sich an der Verteilung beteiligt, daß die Welt ein Beispiel geben. Auch kann aber nicht bestritten werden, daß die kriegerischen Maßnahmen gegen diese Macht zu befehligen. Die Verhandlungen sind bisher noch nicht in vollem Umfang eingeleitet. Die deutsche Regierung hat sich an der Verteilung beteiligt, daß die Welt ein Beispiel geben. Auch kann aber nicht bestritten werden, daß die kriegerischen Maßnahmen gegen diese Macht zu befehligen.

Die Verhandlungen sind bisher noch nicht in vollem Umfang eingeleitet. Die deutsche Regierung hat sich an der Verteilung beteiligt, daß die Welt ein Beispiel geben. Auch kann aber nicht bestritten werden, daß die kriegerischen Maßnahmen gegen diese Macht zu befehligen. Die Verhandlungen sind bisher noch nicht in vollem Umfang eingeleitet. Die deutsche Regierung hat sich an der Verteilung beteiligt, daß die Welt ein Beispiel geben. Auch kann aber nicht bestritten werden, daß die kriegerischen Maßnahmen gegen diese Macht zu befehligen.

Die Verhandlungen sind bisher noch nicht in vollem Umfang eingeleitet. Die deutsche Regierung hat sich an der Verteilung beteiligt, daß die Welt ein Beispiel geben. Auch kann aber nicht bestritten werden, daß die kriegerischen Maßnahmen gegen diese Macht zu befehligen. Die Verhandlungen sind bisher noch nicht in vollem Umfang eingeleitet. Die deutsche Regierung hat sich an der Verteilung beteiligt, daß die Welt ein Beispiel geben. Auch kann aber nicht bestritten werden, daß die kriegerischen Maßnahmen gegen diese Macht zu befehligen.

Die Verhandlungen sind bisher noch nicht in vollem Umfang eingeleitet. Die deutsche Regierung hat sich an der Verteilung beteiligt, daß die Welt ein Beispiel geben. Auch kann aber nicht bestritten werden, daß die kriegerischen Maßnahmen gegen diese Macht zu befehligen. Die Verhandlungen sind bisher noch nicht in vollem Umfang eingeleitet. Die deutsche Regierung hat sich an der Verteilung beteiligt, daß die Welt ein Beispiel geben. Auch kann aber nicht bestritten werden, daß die kriegerischen Maßnahmen gegen diese Macht zu befehligen.

Das Programm für den Reichstag

Berlin, 24. November.

(Eigenes Drahtbericht.)

Der Reichstag des Reichstages hat heute nachmittag folgende Tagesordnung: 1. Die Angelegenheiten der Reichstagsverwaltung. 2. Die Angelegenheiten der Reichstagsverwaltung. 3. Die Angelegenheiten der Reichstagsverwaltung. 4. Die Angelegenheiten der Reichstagsverwaltung. 5. Die Angelegenheiten der Reichstagsverwaltung.

Bayerische Kritik an Locarno

Ministerpräsident Held über die Vorgeschichte

München, 24. November.

Heute vormittag trat der Bausenat der bayerischen Landtags zusammen, um zu Locarno Stellung zu nehmen. Ministerpräsident Held hielt eine umfangreiche Rede, in der er zunächst einen Rückblick auf die unheimliche Entwicklung in den letzten Jahren gab und dann auf die Frage einzugeht, die durch den Schritt des Reichsaussenministers gegeben wurde. Bei dieser Initiative seien zwei Fehler gemacht worden: einer bei der Seite des Memorandum vom Februar nach Form und Inhalt zu untersuchen, auf der anderen Seite zu weitgehend gewesen, in daß es den Österreichern ein Recht gegeben hätte, zu erklären, daß sie nicht die richtige Zeitpunkt für das Memorandum gewählt worden sei. Wenn die deutschen Stellen genau über die Lage der französischen Außenpolitik, über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung in Frankreich, und über dessen fortschreitende Abwärtsentwicklung, sowie darüber, in wie weit man sich in den letzten Monaten Frankreich einem bedauerlichen Preisverfall ausgesetzt habe, die Frage von Locarno hätte, eine andere Situation entgegengebracht hätte und daß man einen viel höheren Preis für die Welt erzielen können. Wenn wir im Juni oder Juli mit dem Memorandum herausgegeben, so hätten wir unter allen Umständen, die französischen Stellen, die im Juni habe das deutsche Memorandum in einer sehr guten revidierten Weise ausgearbeitet. Damit sei Deutschland das Gefühl des Dankens verdienstlich und die deutsche Politik in eine glücklichere Situation

